



Foto: 123RF/tribalium123

Er kam nach Berlin, sah und geißelte den Reichtum der Milliardäre. Sanders weiß, was seine Fans hören wollen. Seite 8



Foto: AFP/David McNew

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEIT

Freitag, 2. Juni 2017

72. Jahrgang/Nr. 127

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Neue Achse EU-China

Kurt Stenger über Klimaschutz und Multilateralismus

Alleingänge und Einzelkämpfer bewegen nichts – dies ist eine Lehre aus jahrzehntelanger Klimadiplomatie. Es war das ungewöhnliche Bündnis zwischen Peking und Washington, das Ende 2015 dafür sorgte, dass nach jahrelangem Ringen doch noch ein Weltklimaschutzabkommen zustande kam. Gemeinsam gaben die USA und China den gemächlichen Takt vor, nach dem der Rest der Staatengemeinschaft dann tanzen konnte. Wenn das Weiße Haus diese Rolle nun aufgibt, bedeutet das natürlich alles andere als ein Aus beim Klimaschutz weltweit oder auch nur in den USA – allerdings könnte der Taktstab wechseln. Die EU greift danach, wie die für diesen Freitag angekündigte gemeinsame Erklärung mit China pro Paris-Abkommen deutlich macht. Eine neue Achse beim Klimaschutz nimmt Gestalt an.

So gesehen, hätte ein Ausstieg der USA eher aus geostrategischer Sicht Relevanz. Es gibt derzeit kein anderes Politikfeld als den Klimaschutz, in dem die Welt Multilateralismus praktizieren würde. Wenn sich Donald Trump nun selbstgefällig einigelt, würden sich die USA als einflussreicher Player auch aus anderen Welpolitikbereichen verabschieden. Sie wären letztlich nur noch eine militärische Großmacht.

Ob China und die EU den Klimaschutz besser voranbringen, bliebe abzuwarten. Noch viele offene Fragen sind ungeklärt, vor allem die nach Finanzhilfen für arme Staaten. Es reicht eben nicht, den Taktstock zu halten.

Eine deutsche Geschichte

Der Tag, an dem '68 begann: Vor 50 Jahren wurde Benno Ohnesorg ermordet



Trauerkonvoi für Benno Ohnesorg, dessen Leichnam über die DDR Richtung BRD überführt wird. Tausende nehmen an der Grenze Abschied. Foto: dpa

Berlin. Was immer man über den 2. Juni 1967 sagen will, es ist eine deutsche Geschichte. Und eine deutsch-deutsche ist es auch. Vor 50 Jahren wurde der Student Benno Ohnesorg am Rande der Proteste gegen den iranischen Schah Mohammad Reza Pahlavi von einem Polizisten aus nächster Nähe mit einem gezielten Schuss in den Hinterkopf ermordet. Die Tat wird zum Fanal, das Bild des sterbenden Ohnesorg zur Ikone, das Datum zum Symbol.

Deutsch ist die Geschichte, weil an diesem 2. Juni eine von alten Nazis durchsetzte Polizei in Westberlin in die Schlacht gegen jene zieht, die diese Vergangenheit kritisch hinterfragen. Deutsch-deutsch ist die Geschichte, weil der Täter für die DDR-Staatssicherheit spitzelt, auch wenn es keinen Zusammenhang mit dem Mord an Ohnesorg gibt. Das entscheidende Foto macht der Fotograf Jürgen Henschel, der in Westberlin für die aus Ostberlin finanzierte SEW-Zeitung »Wahrheit« arbeitet.

Deutsch erscheint die Geschichte auch, wenn man sich das Vertuschen, das Verbrämen der Verantwortlichen anschaut. Der Mord an Benno Ohnesorg läutet in Westdeutschland das lange Jahr 1968, den studentischen, kulturellen, gesellschaftlichen Aufbruch ein. Und er wird zum Bezugspunkt für jenen Teil der linken Szene, der glaubt, mit Gewalt für Befreiung sorgen zu können. Auch das: ein ziemlich deutscher Trugschluss.

»Der Tod von Ohnesorg ist auch nach 50 Jahren eine Wunde«, hat nun Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller von der SPD erklärt. Eine Wunde, »die schmerzt und nicht verheilt ist.« tos Seiten 2, 3 und 14

UNTEN LINKS

Donald Trump wollte noch am Donnerstag bekanntgeben, ob er ans Klima glaubt. Seine Lippen formen schon lange ein deutliches »No«, zögern ließen ihn allein die Warnungen seiner Berater, dass dieses Wort heftige Turbulenzen im Weltklima hervorrufen könnte. Noch nie ließ sich ein Präsident der Vereinigten Staaten in seinen Entscheidungen vom Wetter beeinflussen. Höchstens internationale Klimakiller könnten dies ändern. Im Wahlkampf hatte Trump mit der Weisheit seiner deutschen Vorfahren viel Zuspruch erhalten, dass »wenn der Hahn kräht auf dem Mist, das Wetter sich ändert oder bleibt, wie es ist«. Für die Pressekonferenz war das Sicherheitspersonal angewiesen, die Klimaanlage im Weißen Haus herunterzulegen, um eventuell nötig werdende frostige Reaktionen des Präsidenten auf freche Journalistenfragen zu unterstreichen. Den ganzen Tag über hielt die Welt bereits den Atem an. Was kurzzeitig die internationale CO₂-Bilanz verbesserte. uka

Berlin und Peking gehen auf Tuchfühlung

Kanzlerin Angela Merkel bringt bei Besuch von Chinas Regierungschef Freihandelsabkommen ins Gespräch

In Zeiten von Trumps Protektionismus werden Berlin und Peking zu Vorreitern beim Freihandel. Dies wurde jetzt bei einem Gipfeltreffen bekräftigt.

Von Simon Poelchau

Erst mal blieben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Chinas Ministerpräsident Li Keqiang im Hintergrund. Elf Verträge und Absichtserklärungen zwischen deutschen und chinesischen Firmen und Instituten wurden nach dem Gespräch der beiden Regierungschefs am Donnerstagmorgen in Berlin zunächst unterzeichnet. VW kam zum Zuge, ebenso wie Daimler, Bosch, die DZ Bank und das Fraunhofer-Institut.

»Wir setzen auf offene Märkte«, sagte Merkel anschließend und betonte, dass das Reich der Mitte in »Zeiten globaler Unsicherheiten« ein wichtiger strategischer Partner für Deutschland sei. Man sei sich einig gewesen, so die Kanzlerin, dass Handelsnationen wie Deutschland und China »klare Bekenntnisse zum freien Handel eingehen« müssten. Schließlich sind mittlerweile rund 5000 deutsche Unternehmen in China tätig und mit einem Handelsvolumen von 170 Milliarden

Euro 2016 ist das Land noch vor Frankreich und den USA mittlerer Deutschlands wichtigster Handelspartner.

Auch Li betonte, dass »Deutschland Chinas wichtigster Partner in der EU« sei. Neben den Deals zwischen Unternehmen der beiden Länder ging es ihm vor allem um die Unterstützung Berlins beim Bestreben, dass China innerhalb der Welthandelsorganisation WTO als Marktwirtschaft und gleichberechtigtes Mitglied anerkannt wird. Während die USA unter Präsident Donald Trump immer mehr auf Protektionismus und Abschottung setzen, wird das extrem exportorientierte China einer der größten Verfechter des freien Welthandels.

Für Berlin bedeutet dies, dass Fernost zunehmend eine strategische Alternative zu den USA wird. So empfing Merkel erst Anfang der Woche Indiens Premierminister Narendra Modi. Während durch Trump ein Zustandekommen des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA äußerst fraglich geworden ist, brachte Merkel nun Abkommen mit Indien und China ins Gespräch. Man wolle »so schnell wie möglich« ein Investitionsabkommen zwischen der EU und China abschließen, er-

klärte die Kanzlerin am Donnerstag. Sie hoffe, dass daraus dann eines Tages auch der Beginn zu Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen werden könne.

Doch absolut harmonisch waren die Gespräche offenbar nicht. Merkel forderte von China etwa, dass es immer wieder Fortschritte bei der Öffnung von Märkten geben müsse. So beklagen sich deutsche Firmen mitunter, dass sie in China nicht so frei investieren könnten, wie es chinesische in Deutschland könnten. Über diese »Einzelfälle« habe man sich ausgetauscht, so Merkel.

Neben Wirtschaftsfragen habe man ein »breites Spektrum« an anderen Themen angesprochen. »Wir sind der gemeinsamen Überzeugung, dass von Nordkorea aus Gefahren für den Weltfrieden ausgehen können«, erklärte die Kanzlerin. Man setze aber auf eine Verhandlungslösung. »Und die ist sehr dringlich.« Zudem sei es »erfreulicherweise« gelungen, eine Lösung für die Arbeit politischer Stiftungen aus Deutschland in China zu finden.

Li Keqiang weilte zwei Tage für Gespräche in Deutschland. Anschließend ging es für ihn am Donnerstagmittag nach Brüssel zum Gipfeltreffen mit der EU wei-

ter. Peking und Brüssel wollen dabei am Freitag in einer Erklärung bekräftigen, dass sie das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten und ihre Zusammenarbeit bei der Umsetzung verstärken wollen. »China steht zu seiner internationalen Verantwortung«, sagte Li dazu in Berlin. In seinem Land gebe es ein Sprichwort: »Unsere Worte zählen, und unseren Worten müssen auch Taten folgen.«

Indes ist ein Bereich, in dem am Donnerstag besonders viele Verträge abgeschlossen wurden, die Elektromobilität. Deutsche Autobauer hinken bei dieser emissionsarmen Fortbewegungstechnologie hinterher. China will sie dagegen mit einer verbindlichen Quote besonders fördern.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Kampfansage: RAF und Bewegung 2. Juni

Postamerikanismus: Merkel und Linke

Abflug: Raketen und Großtiertransporte

Afghanischer Schüler nicht in Abschiebehaft

Gericht lehnt Antrag der Ausländerbehörde ab

Nürnberg. Der von Abschiebung bedrohte 20 Jahre alte Afghane in Nürnberg ist wieder auf freiem Fuß. Das örtliche Amtsgericht lehnte am Donnerstag die von der Zentralen Ausländerbehörde der Regierung von Mittelfranken beantragte Abschiebehaft ab. Das Gericht sehe dafür keinen Anlass, sagte der Anwalt des jungen Mannes. Der Berufsschüler, dessen Abschiebung am Mittwoch zunächst zu Protesten von Klassenkameraden und schließlich zu Tumulten geführt hatte, verließ am Mittag freudestrahlend das Gericht. Vor dem Gebäude empfingen ihn 25 Schulkollegen und sein Klassenlehrer. Die Behörde kann gegen die Entscheidung noch Beschwerde einlegen.

Schüler hatten am Mittwoch zunächst mit einer Sitzblockade versucht, die Festnahme des afghanischen Mitschülers zu verhindern. Als die Streifenbeamten daraufhin Verstärkung anforderten, kam es zu tumultartigen Szenen. Die Polizei kündigte eine Analyse des Einsatzes an. dpa/nd Seite 5

Ruf nach Rehabilitierung

Vom Radikalenerlass Betroffene fordern erneut Wiedergutmachung

Berlin. Mit der Forderung nach ihrer Rehabilitierung sind am Donnerstag erneut Betroffene des Radikalenerlasses an die Öffentlichkeit gegangen. Mehr als 45 Jahre nach Verabschiedung des Erlasses gegen angebliche linke Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst müssten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die in Berlin tagende Ministerpräsidentenkonferenz damals begangenes »Unrecht« wiedergutmachen, hieß es in einer Erklärung der »Initiativgruppe 45 Jahre Radikalenerlass«.

Der Radikalenerlass war im Januar 1972 vom SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und den Ministerpräsidenten der Bundesländer in Bonn verabschiedet worden. Er versperrte Mitgliedern »extremer Organisationen« den Zugang zum öffentlichen Dienst. Bei dem Erlass sei es de facto darum gegangen, »Gegner der herrschenden Politik einzuschüchtern und mundtot zu machen«, so die Betroffenengruppe. Denn bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg seien alte Nationalsozialisten wieder in Spitzenpositionen von Politik und Justiz aufgerückt. AFP/nd Seite 6

Aktionsplan gegen Plastik im Meer

G20-Länder sagen der Vermüllung den Kampf an

Bremen. Die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) haben sich auf einen Aktionsplan gegen die Vermüllung der Meere geeinigt. Dieser wurde am Donnerstag bei einem Treffen von Regierungsvertretern und Experten aller G20-Staaten in Bremen beschlossen, wie das Bundesumweltministerium mitteilte. Darin verpflichten sich die Länder unter anderem, den Eintrag von Abfällen aus Flüssen und Abwässern in die Meere deutlich zu verringern. Weitere Punkte des Aktionsplans seien, Kunststoffe recyclingfähig zu gestalten und in allen Ländern funktionierende Recycling- und Abfallwirtschaftssysteme zu schaffen.

»Wenn unsere Erde ein blauer Planet bleiben soll, dann müssen wir die Vermüllung unserer Meere zügig stoppen«, erklärte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Zwei oder drei Länder allein könnten dieses Problem nicht erfolgreich angehen. Schätzungen von Umweltschützern zufolge befinden sich rund 140 Millionen Tonnen Plastik in den Meeren. AFP/nd

